

Volt

Positionspapier Corona Dez. 2021

**Covid19: Die politische Führungslosigkeit überwinden –
Lockdown, (umgekehrte) Impfpflicht für Impfende sowie massive Impfkampagne**

Volt Deutschland
Dezember 2021

ZUKUNFT  MADE IN EUROPE

Politisches Versagen sowie klare Acht-Wochen-Ziele

Alle im Bundestag und in den Landesparlamenten vertretenen Parteien haben spätestens seit diesem Sommer die Corona-Situation katastrophal gehandhabt; die Verantwortung betrifft die Akteur*innen in der Legislative und Exekutive. Seit Sommer 2021 war es allen Beteiligten aufgrund klarer wissenschaftlicher Prognosen eindeutig ersichtlich, dass die Vermeidung einer 4. Welle entschlossene und frühzeitige Maßnahmen erfordert.

Die Regierungsparteien sahen keine Veranlassung, das proaktive Management der Situation entschlossen in die Hand zu nehmen. Die Oppositionsparteien sahen keine Veranlassung, den erforderlichen massiven Druck auf die Regierung angesichts dieser Unterlassung aufzubauen. Und nun schieben sich beide Seiten die Schuld in die Schuhe, weil die einen noch nicht und die anderen nicht mehr in der Regierung seien. Beide Seiten weisen darauf hin, dass es nicht die Zeit sei, nach hinten zu schauen und wollen sich damit aus der Verantwortung stellen.

Volt stellt sich dieser Auffassung diametral entgegen und beklagt die mindestens fahrlässige politische Verantwortungslosigkeit, die das Land sehenden Auges in eine inzwischen unkalkulierbare Lage gebracht hat. Volt prangert das politische Führungsvakuum an, die Passivität und Teilnahmslosigkeit und die Unfähigkeit, rechtzeitig geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um zum Beispiel einen weiteren Lockdown zu verhindern. Volt stellt die Frage nach Einheit von politischer Verantwortung und persönlicher Haftung.

- > Es hätte eine massive Aufklärungs- und Kommunikationskampagne geben müssen, mit der man die Menschen besser informieren und damit zu einer höheren Impfbereitschaft hätte motivieren können. Eine Kommunikation, die mehrfache Zick-Zack-Kurse vermieden hätte, wie z.B. jüngst bei der unsäglichen Diskussion um die Beendigung der nationalen Notlage oder beim Thema der Rationierung des Biontech-Impfstoffs. Eine Aufklärung, die verhindert hätte, dass die Gesellschaft sich immer mehr spaltet.
- > Eine Booster-Strategie wäre notwendig gewesen, sodass bereits in den letzten vier Monaten der allergrößte Teil der geimpften Menschen den Zusatzschutz hätte erhalten können und jetzt nicht stundenlang Schlange stehen müsste.
- > Es hätte Politiker*innen gebraucht, die sich vehement dafür eingesetzt hätten, die mühsam errichtete Impf-Infrastruktur aus kurzfristigen Kostengründen nicht wieder einzureißen.
- > Eine völlig vermeidbare Diskussion über die Impfpflicht, durch die man wegen dieser Passivität und Teilnahmslosigkeit hineinmanövriert wurde, müsste jetzt nicht geführt werden.
- > Es hätte vermieden werden müssen, dass Ärzt*innen in eine Lage gebracht werden, in der sie Leben von Menschen gegeneinander abwägen müssen über eine Triage, die man uns als „Priorisierung“ verniedlichen will.

Volt ist mit dem Pandemie-Management der letzten Monate seitens Regierung und Opposition auf Bundes- und Landesebene massiv unzufrieden. Mit den folgenden Vorschlägen richtet Volt den Blick nach vorne und fordert ein entschlossenes, fokussiertes und transparentes Gesamtkonzept seitens der politisch Verantwortlichen ein. Dieses Gesamtkonzept basiert auf der Erkenntnis, dass wir eine neue Perspektive auf die jetzige Situation werfen müssen. Trotz aller Bemühungen in der Vergangenheit müssen wir diesmal schmerzlich anerkennen, dass die Dimension der 4. Welle und die neue Omikron-Mutation nicht Schritt für Schritt bekämpft werden können, sondern massiv, parallel und disruptiv. Bisher waren wir es gewohnt, dass die Corona-Wellen nacheinander stattgefunden haben. Wir

müssen jetzt dringend dagegen arbeiten, dass die 4. und 5. Welle sich wegen Omikron überlagern und verstärken. Selbst wenn die notwendigen Maßnahmen nicht populär sein werden – Politik muss den Mut haben, trotz Widerständen das Richtige zu tun.

Ziel bis zum 01.02.2022 muss daher sein:

- > eine Impfquote von 85% und eine Boosterquote von 95% bei allen Personen, für die die Drittimpfung bereits möglich ist, zu erreichen,
- > die aktuelle 4. Welle zu dämpfen und katastrophale Zustände in den Krankenhäusern noch zu vermeiden,
- > die Omikron-Mutation sehr ernst zu nehmen und in Schach zu halten mit maximalem Fokus auf die jetzige Kontaktnachverfolgung von Omikron-Infizierten seitens der Gesundheitsbehörden mit intensiverer Nutzung der Corona-Warn-App (über höhere Sequenzierfrequenz zu gewährleisten),
- > eine potenzielle 5. Welle vorbeugend zu verhindern,
- > spätestens zum 01.02.2022 die Inzidenz bundesweit auf 50 gedrückt zu haben, um sie dann wieder über die Gesundheitsämter durch eine Kontaktnachverfolgung aller Infizierten beherrschbar zu machen,
- > diese Situation weiter als gesamtgesellschaftliche Herausforderung anzunehmen, sie nicht nur als Aufgabe bestimmter Bevölkerungsgruppen wie Ungeimpften oder Pfleger*innen zu verstehen, Menschen nicht gegeneinander auszuspielen und eine gesellschaftliche Versöhnung zu erreichen, zu der alle Menschen aktiv beitragen,
- > dabei wirtschaftlich, sozial und psychologisch Betroffene mit finanziellen Kompensationen und Beratungsangeboten zu unterstützen und
- > endlich einen klaren, mutigen und nachvollziehbaren Pfad zu beschreiten, der uns faktisch und nicht nur juristisch in die Lage versetzt, das Ende der epidemischen Lage nationaler Tragweite zu verkünden und unsere Freiheiten nachhaltig wiederzuerlangen.

Wir erwarten daher von den politisch Verantwortlichen zusätzlich zu den derzeitigen, nicht ausreichenden Beschlüssen die konsequente Umsetzung folgender Maßnahmen:

Ja zum allgemeinen Lockdown; nein zu Ausgangssperren

Nach fast zwei Jahren Pandemiegeschehen müssen wir leider feststellen, dass keine dauerhafte Strategie zu erkennen ist. Auch diesmal wurde nicht zeitgerecht agiert, sodass wieder keine andere Möglichkeit besteht, als einen erneuten Lockdown zu beschließen, um die Inzidenzen zu senken, das medizinische Personal zu entlasten, Menschenleben zu retten.

Volt fordert daher einen sofortigen und allgemeinen Lockdown mit Ausnahmen für die Geschäfte des täglichen Bedarfs, der medizinischen Infrastruktur und Apotheken und der Kitas und Schulen. Volt sieht diese Notwendigkeit auch für geimpfte Menschen derzeit als gegeben an, da aufgrund der stark nachlassenden Impfwirkung und der derzeit noch nicht ausreichenden Anzahl an Boosterimpfungen die Häufigkeit von Impfdurchbrüchen stark zunimmt. Dieser Lockdown endet, sobald wieder eine Inzidenz von 50 erreicht ist oder frühestens zum 9.01.2022 mit der Öffnung von Einrichtungen zur Kinderbetreuung, Schulen und Universitäten. Ob, wann und welche weiteren Öffnungsschritte im Fol-

genden möglich sind, soll spätestens bis zum 5.01.2022 festgelegt werden und steht unter wissenschaftlichem Vorbehalt.

Die Finanzierung der wirtschaftlichen Schäden für die Betroffenen soll über die jüngst ermittelten staatlichen Mehreinnahmen der nächsten Jahre gemäß aktueller Steuerschätzung erfolgen. Um Schäden und unverhältnismäßige Belastungen von Kindern und Eltern zu vermeiden, fordern wir die Einführung eines Corona-Kurzelterngeldes. Dabei wird jeder Elternteil zu 50% von seinen arbeitsvertraglichen Pflichten entbunden und erhält 50% des Einkommens vom Staat. Die angemessene Betreuung unserer Kinder darf nicht zur Spielmasse zwischen Elternteilen und Arbeitgeber*innen werden.

Ausgangssperren halten wir für unverhältnismäßig, da der Aufenthalt im Freien dem Pandemiegeschehen bei Beachtung von Kontaktbeschränkungen eher entgegenwirkt. Für geboten halten wir allerdings weiterhin eine allgemeine Maskenpflicht in Innenräumen und die Verpflichtung, Kontakte zu reduzieren auf Kontakte eines Haushalts plus 2 Personen außerhalb des Haushalts; zwischen dem 24.12.-26.12. sowie dem 30.12.-1.1. 10 Personen aus 3 Haushalten plus 2 Personen außerhalb der Haushalte (vollständig geimpfte und geboosterte Personen ausgenommen). Der hier geforderte allgemeine Lockdown beinhaltet das Verbot von Großveranstaltungen wie Weihnachtsmärkten oder Karnevalsevents; Sportveranstaltungen dürfen nur noch im Freien ohne Publikum stattfinden.

Außerdem fordert Volt alle Bundesländer dazu auf, die Ladenschlussgesetze für die nicht vom Lockdown betroffenen Einrichtungen sofort temporär bis mindestens 31.01.2022 auszusetzen, da längere Öffnungszeiten dazu geeignet sind, Kontakte sowohl in Innenräumen als auch in Warteschlangen zu reduzieren.

Impfpflicht ab 01.02.2022, es sei denn Impfziele bis dahin erfüllt

Volt ist grundsätzlich gegen eine Impfpflicht. Die schwerwiegenden Unterlassungen der letzten Monate haben die Ausbreitung des Corona- Virus allerdings so befördert, dass leider alle Möglichkeiten der Krisenabwehr ergebnisoffen bewertet werden müssen. Die Einführung einer Impfpflicht muss als Ultima-Ratio-Maßnahme dabei in Erwägung gezogen werden – selbstverständlich verfassungsgemäß, wirksam und gesellschaftlich fair.

Volt lehnt eine beschränkte Einführung der Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen und/oder Einrichtungen ab. Diese wäre nicht ausreichend, da sie weite Teile der verursachenden Infektionsketten nicht umfassen würde, und gesellschaftlich nicht akzeptabel. Wenn es akzeptabel ist, dass sich z.B. medizinisches Personal aus Rücksicht auf die potenziellen Patient*innen impfen lassen muss, ist es auch akzeptabel, dass sich die potenziellen Patient*innen aus Rücksicht auf das medizinische Personal impfen lassen müssen! Volt erachtet die Diskussion um eine beschränkte Impfpflicht als entwürdigend für die Betroffenen, kurzfristig, einseitig, mutlos und unehrlich – ein Ablenkungsmanöver, um sich nicht mit dem größeren Thema einer allgemeinen Impfpflicht beschäftigen zu müssen.

Mit Freiheitsrechten geht stets auch Verantwortung einher. Für den Fall, dass die oben genannten Ziele kurzfristig nicht anders erreichbar sind, sieht Volt die allgemeine Impfpflicht trotz der grundsätzlichen Ablehnung in der aktuellen Situation als legitime Maßnahme an. Jede*r, die*der eine allgemeine Impfpflicht ablehnt, muss glaubwürdig und präzise aufzeigen können, wie die Ziele anderweitig und zeitnah erreichbar sein können.

Volt fordert daher die Vorbereitung der Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ab dem 01.02.2022, falls bis dahin die Impfquote nicht oberhalb von 85% liegt und gleichzeitig nicht mindestens 95% aller Menschen, für die die Drittimpfung bereits möglich ist, geboostert wurden (eine Anpassung der Zielwerte an neue wissenschaftliche Kenntnisse, vor allem wegen der Omikron-Virus-Variante, sei vorbehalten). Bis dahin soll ein verfassungsgemäßer Gesetzentwurf inklusive praktikabler Sanktionen erarbeitet und im Bundestag abgestimmt werden. Zu prüfen wären Sanktionen wie Geldbußen oder die Ableistung von Sozialdiensten (z.B. in medizinischen Einrichtungen), um Menschen spürbar und dennoch sozial verträglich in die Pflicht zu nehmen. Selbstverständlich sollen Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können, von der Impfpflicht ausgenommen sein. Die Einführung einer solch konditionierten Impfpflicht setzt die Fähigkeit des Staats voraus, die notwendigen Impfungen zu ermöglichen (was im Rahmen der Beschreibung der Impfkampagne weiter ausgeführt wird). Eine allgemeine Impfpflicht könnte also durch eine intensive Impfbereitschaft der Bevölkerung verhindert werden. Die 4. Welle kann nicht durch diese Impfpflicht selbst gebrochen werden— dies wird vor allem über die anderen hier beschriebenen Maßnahmen erfolgen müssen. Sie kann allerdings durch Anreize, sich impfen zu lassen, gemildert und schneller beendet werden. Vor allem wird sie der Vermeidung einer 5. Welle dienen.

Impfkampagne: Massive Aufklärung, „umgekehrte Impfpflicht“, Organisation über die Bundeswehr und finanzielle Impfanreize

Die bisherige Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des Pandemiemanagements war erfolglos. Die bisherigen Kampagnen fokussierten sich ausschließlich auf Mobilisierung; sie setzten nicht auf Aufklärung durch wissenschaftliche Argumente und bilden kein neues Vertrauen in Politik und Wissenschaft.

Volt fordert die Bundesregierung auf, die bisherigen erfolglosen Marketingkampagnen durch eine bundesweit einheitliche, professionelle, lang laufende und massive Aufklärungs- und Vertrauenskampagne abzulösen. Der Fokus muss hierbei auf den Gruppen liegen, die bisher nicht erreicht wurden. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Aussagen in sich, die Entscheidungen und deren Durchsetzung konsistent sind. Wichtig hierbei ist, dass es nicht nur um Anzeigen und Plakate geht, sondern um mutige, ehrliche, nachvollziehbare und konsistente Politik. Denn jede Kampagne ist nutzlos, solange so eklatante Widersprüche im Handeln bestehen wie z.B. bei geschlossenen Kitas und offenen Bundesliga-Stadien.

Die Impfkampagne soll des weiteren auch finanzielle Anreize zur Erhöhung der Impfbereitschaft setzen. Volt sieht einen Zuschuss in Höhe von 100 Euro pro geimpfter Person vor (200 Euro bei Personen mit Geburtsjahr 1996 ff.); nachträglich für alle bisher geimpften Personen und begrenzt auf den 31.1.2022. Wir wollen diese Idee in ausgewählten Regionen für zwei Wochen testen und bei Erfolg bundesweit ausrollen. Die Auszahlung sollte kommunal, digital und unbürokratisch erfolgen.

Eine neue Impfkampagne mit dem Hintergrund einer an Bedingungen geknüpfte Impfpflicht setzt die Fähigkeit des Staats voraus, die notwendigen Impfungen zu ermöglichen. Um das angestrebte Ziel zu erreichen, müssen bis zum 31.01.2022 ca. 76 Mio. Impfdosen verabreicht werden (ca. 25 Mio. Erst-/Zweitimpfungen; ca. 51 Mio. Boosterimpfungen; Stand: 26.11.2021). Dies entspricht einer täglichen Verimpfung von 1,5-2 Mio. Impfdosen, für die spezifische Zielsetzungen heruntergebrochen werden müssen je nach Impfkanal (Impfzentren, Hausärzt*innen, etc.). Volt sieht dieses Ziel bei einem ausreichenden politischen Willen und der fokussierten Umsetzung aller Kräfte während des oben beschrie-

benen Lockdowns sowie mit der Vorbereitung einer überproportionalen Verimpfung zwischen dem 20.12.2021 und 07.01.22 als erreichbar an und fordert von den politisch Verantwortlichen die Schaffung der dazu notwendigen Impf-Infrastruktur.

Der von Volt geforderte Lockdown unterstützt die Möglichkeit der Bevölkerung, sich impfen zu lassen. Insofern erwarten wir durch diese Maßnahme neben einer bedeutenden Reduktion des Infektionsgeschehens parallel eine Beschleunigung der Impfung der Bevölkerung.

Diese Aufgabe entspricht weniger einer gesundheitspolitischen, sondern eher einer unternehmerischen, industriell-logistischen Herausforderung. Die Konzepte für diese notwendige Infrastruktur müssen daher Best Practices aus der bestmöglichen Organisation wirtschaftlichen Handelns berücksichtigen. Vor diesem Hintergrund fordert Volt daher die Umsetzung folgender Maßnahmen:

- > Einrichtung einer Task Force in jedem Bundesland, die für die Zukunft ein Impfregister aufbaut, sodass schnellstmöglich ein Rufsystem etabliert werden kann, etwa für zukünftige Auffrischungsimpfungen.
- > Einrichtung eines bundesweiten operierenden, zentralisierten Logistikbetriebes: Es muss eine zentrale Leitung geben, die in der Verantwortung des Gesundheitsministeriums steht und mittels Amtshilfe durch das Verteidigungsministerium und über die Bundeswehr eine schnelle und effiziente Lieferkette etabliert. Die Bundeswehr ist für diese Aufgabe insbesondere durch ihr Know-How für Kriseneinsätze und die Möglichkeit, über Sondertatbestände kurzfristig personelle Ressourcen zu generieren, prädestiniert.
- > Prüfung einer verfassungsgemäßen Umsetzung einer „umgekehrten Impfpflicht“ für Impfen-de. Diese verpflichtet alle Berufsgruppen zur Verabreichung von Impfungen, die hierfür fachlich eingesetzt werden können. Es müssen alle Ressourcen genutzt werden, die für die Impfung von Menschen eingesetzt werden können. Hierzu gehören insbesondere Apotheker*innen, Zahnärzt*innen, Tierärzt*innen, Pflegefachkräfte, ehrenamtliche Helfer*innen (etwa bei Hilfsorganisationen wie dem DRK, THW, o.ä.), aber auch freiwillige Helfer*innen, die für eine solche Tätigkeit qualifiziert sind.
- > Optimierung des Materialflusses über die gesamte Lieferkette; genügend Impfstoff ist nicht dann ausreichend vorhanden, wenn er quantitativ ausreichend im Lager, sondern zur richtigen Zeit am richtigen Einsatzort ist.
- > Die gesetzlichen Grundlagen dafür sind zu schaffen, damit Helfer*innen von früheren Impfzentren wieder kurzfristig eingesetzt werden können und dies nicht durch einen entstehenden Anspruch auf einen unbefristeten Arbeitsvertrag verhindert wird.
- > Die Impf-Infrastruktur, insbesondere bei den Impfzentren und den mobilen Teams, muss so ausgebaut werden, dass sie so schnell wie möglich 24/7-Impfen ermöglicht und diese Möglichkeit auch absehbar kurzfristig wieder abrufen kann.
- > Wir setzen kurzfristig zusätzlich auf mobile Impf-Teams, die von allen relevanten Kräften unterstützt werden müssen; neben der Bundeswehr kommen hier auch andere Organisationen, wie das THW oder DRK, in Betracht.
- > Parallel müssen in ausreichender Anzahl (alle) Impfzentren und kostenloser Teststationen wieder auf- und ausgebaut werden.

- > Mobile Impf-Teams sollten, ggf. in reduzierter Anzahl, auch dann weiterbestehen, wenn die Impfzentren wieder ausgebaut sind, um als flexible Ergänzung im Bedarfsfall eingesetzt werden zu können. Besonders in infrastrukturell schwachen Gebieten bietet die Mobilität einen enormen Vorteil.
- > In der aktuellen Lage spricht Volt sich gegen eine bindende Priorisierung von Gruppen aus, da dies nur zu weiteren organisatorischen Verzögerungen führen würde. In Bezug auf zukünftige Impfungen sollen aber durch die Task Forces Konzepte erarbeitet werden, die einen reibungslosen Ablauf für Auffrischungsimpfungen oder an neue Varianten angepasste Impfstoffe ermöglicht.
- > Die mobilen und stationären Impf-Teams sollen nach einem erweiterten Fastlane-Konzept (Schnellspursystem) arbeiten, um vor Ort eine Priorisierung vornehmen zu können. Dadurch sollen z.B. die Wartezeiten für ältere oder vorerkrankte Menschen reduziert werden, für die es ein besonderes Gesundheitsrisiko darstellt, bei kaltem Wetter in einer Warteschlange warten zu müssen. Im Idealfall sollten die Fastlanes nach drei Aspekten unterschieden werden:
 - > Spur 1: First in, first out (Reihenfolge nach Ankunft der Personen)
 - > Spur 2: Menschen mit Risikofaktoren (Alter, Vorerkrankungen, etc.)
 - > Spur 3: Menschen mit Termin

Volt ist überzeugt, dass die vorgestellten Maßnahmen geeignet sind, die 4. Welle zu dämpfen, eine 5. Welle zu verhindern und durch jetziges entschlossenes Handeln die Situation wieder beherrschbar gemacht werden kann.